



## Schwerpunkte der Plenartagung im September

### **Rede zur Lage der Union von Kommissionspräsidentin von der Leyen**

In der Folge der Corona- und der Wirtschaftskrise werden die Abgeordneten eine Bilanz der bisherigen Leistungen der EU-Kommission unter Ursula von der Leyen ziehen.

4

### **EU-Eigenmittel: Abgeordnete wollen Weg für Corona-Aufbauplan frei machen**

Die Abgeordneten wollen das Verfahren beschleunigen, das es der EU ermöglicht, 750 Milliarden Euro für das Konjunkturprogramm "Next Generation EU" an den Finanzmärkten aufzunehmen.

6

### **Stärkung des Katastrophenschutzverfahrens der EU nach 2020**

Die Abgeordneten wollen eine Verbesserung des EU-Katastrophenschutzverfahrens fordern, damit die Union besser auf Notsituationen größeren Ausmaßes wie Corona reagieren kann.

8

### **EU-Unterstützung der von der Energiewende am stärksten betroffenen Regionen**

Das Parlament wird seinen Standpunkt für die Verhandlungen mit dem Rat über die Einrichtung eines Fonds für einen gerechten Übergang annehmen.

10

### **Corona: Harmonisierung von Testverfahren und Risikoeinstufung in EU-Ländern**

Die Abgeordneten debattieren mit Rat und Kommission über die mangelnde Koordinierung von Corona-Tests zur Bewertung von Risiken und entsprechenden Folgen für den Schengen-Raum.

11

### **Aufbauplan für stark getroffenen europäischen Kultursektor**

Abstimmung über eine EntschlieÙung zur Forderung einer EU-Unterstützung für den Wiederaufbau des europäischen Kultursektors, der von der Coronakrise stark getroffen wurde.

12

### **Pkw-Emissionen sollen EU-Grenzwerte unter realen Fahrbedingungen einhalten**

Um sicherzustellen, dass Pkw ab September 2022 die EU-Grenzwerte für NOx-Emissionen unter realen Fahrbedingungen einhalten, wird das Parlament über überarbeitete Prüfvorschriften abstimmen. 13

---

**Weitere Tagesordnungspunkte** 15

---

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2020-09-14>

## Plenar-Newsletter 14.-17. September, Brüssel

### Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)  
[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)  
[EP Multimedia-Center](#)  
[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen](#)  
[EP Newshub](#)

### Kontakt

---

Armin WISDORFF

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 (+32) 498 98 13 45

✉ [armin.wisdorff@europarl.europa.eu](mailto:armin.wisdorff@europarl.europa.eu)

✉ [presse-DE@europarl.europa.eu](mailto:presse-DE@europarl.europa.eu)

---

Michaela FINDEIS

Pressereferentin

☎ (+32) 2 28 31141 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73603 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 32

✉ [michaela.findeis@europarl.europa.eu](mailto:michaela.findeis@europarl.europa.eu)

✉ [presse-DE@europarl.europa.eu](mailto:presse-DE@europarl.europa.eu)

---

Thilo KUNZEMANN

Pressereferent in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1030

☎ (+49) 171 388 4775

✉ [thilo.kunzemann@europarl.europa.eu](mailto:thilo.kunzemann@europarl.europa.eu)

✉ [presse-berlin@europarl.europa.eu](mailto:presse-berlin@europarl.europa.eu)

🐦 [@EPinDeutschland](https://twitter.com/EPinDeutschland)

---

Huberta HEINZEL

Pressereferentin in Österreich

☎ (+43) 1 516 17201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

☎ (+43) 676 550 3126

✉ [huberta.heinzel@europarl.europa.eu](mailto:huberta.heinzel@europarl.europa.eu)

---

# Rede zur Lage der Union von Kommissionspräsidentin von der Leyen

## In der Folge der Corona- und der Wirtschaftskrise werden die Abgeordneten eine Bilanz der bisherigen Leistungen der EU-Kommission unter Ursula von der Leyen ziehen.

In ihrer ersten Debatte zur Lage der Europäischen Union, die am Mittwochmorgen um 9:15 Uhr beginnt, wird Ursula von der Leyen die bisherigen Maßnahmen der Kommission bei der Eindämmung der Corona-Gesundheits- und Wirtschaftskrise bewerten und ihre Vision für den wirtschaftlichen Aufschwung, den Kampf gegen den Klimawandel und die Situation in Europas Nachbarschaft vorstellen.

Die Fraktionsvorsitzenden werden im Anschluss ihre Ansichten zur bisherigen Arbeit und den Prioritäten für 2021 der EU-Kommission darlegen.

### Webinare

Eine Veranstaltung mit einer zweistündigen Live-Sendung am Vorabend der Plenardebatte findet am Dienstag, den 15. September, ab 16:00 Uhr statt. Parlamentspräsident David Sassoli, Vizepräsident Othmar Karas und mehrere Ausschussvorsitzende werden über die Prioritäten für die EU diskutieren und auf Fragen und Ideen der Bürger und der Zivilgesellschaft reagieren.

Darüber hinaus finden mehr als 150 Veranstaltungen in den Mitgliedsstaaten statt. Weitere Informationen finden Sie auf der [Website zur Lage der Europäischen Union](#).

### Hintergrund

Die Debatte zur Lage der Europäischen Union ist ein Schlüsselmoment, auch bei der Ausübung der Rechenschaftspflicht der Europäischen Kommission gegenüber dem Europäischen Parlament. Sie konzentriert sich auf wichtige Themen wie soziale und wirtschaftliche Erholung, Klimawandel, Jugendarbeitslosigkeit und Migration.

Diese jährliche Rede und Debatte ist von großer Bedeutung für die Förderung einer transparenteren und demokratischeren Union. Es ist eine Gelegenheit, die Europäische Union ihren Bürgern näher zu bringen, indem die wichtigsten Aktionspunkte und Herausforderungen des Jahres hervorgehoben werden. Die Rechte der Bürger und der demokratische Prozess stehen im Mittelpunkt dieser einzigartigen Plenardebatte.

Die erste Debatte zur Lage der Europäischen Union wurde am 7. September 2010 in Straßburg mit dem damaligen Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso abgehalten.

*Debatte: Mittwoch, 16. September*

## **Weitere Informationen**

[Information für Medienvertreter](#)

[Die Website zur Lage der Union: Programm, Veranstaltungen und Streaming](#)

[Über die Rede zur Lage der Union – den Kurs für das kommende Jahr abstecken \(Europäische Kommission\)](#)

[Video \(Europäische Kommission\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

# EU-Eigenmittel: Abgeordnete wollen Weg für Corona-Aufbauplan frei machen

**Die Abgeordneten wollen das Verfahren beschleunigen, das es der EU ermöglicht, 750 Milliarden Euro für das Konjunkturprogramm "Next Generation EU" an den Finanzmärkten aufzunehmen.**

Die Abgeordneten haben alles daran gesetzt, bereits während der September-Plenartagung über ihre legislative Stellungnahme zum Eigenmittelbeschluss abstimmen zu können. Damit wird ein wichtiges Hindernis auf dem Weg zur Umsetzung dieses für den Aufbauplan unentbehrlichen EU-Gesetzes beseitigt, dass es der Kommission ermöglicht, 750 Milliarden Euro an den Märkten für den Konjunkturfonds aufzunehmen.

Die Abstimmung wird es dem Rat der EU ermöglichen, nun selbst den Eigenmittelbeschluss zügig zu verabschieden und das Ratifizierungsverfahren in 27 EU-Ländern einzuleiten, so dass der Aufbauplan so bald wie möglich auf den Weg gebracht werden kann.

Weitere Informationen finden Sie im [Berichtsentwurf](#) der Berichterstatter José Manuel Fernandes (EVP, PT) und Valérie Hayer (RENEW, FR).

### Hintergrund

Die Abstimmung des Parlaments über die legislative Stellungnahme zum Eigenmittelbeschluss ist ein wichtiger Schritt, der die Annahme des Beschlusses durch den Rat und seine Ratifizierung durch die 27 Mitgliedstaaten ermöglicht. Der Eigenmittelbeschluss ist die Rechtsgrundlage für die Einnahmequellen des EU-Haushalts.

Darüber hinaus wird der neue Eigenmittelbeschluss zusätzlich die Rechtsgrundlage bilden, die die Aufnahme von Krediten auf den Finanzmärkten zur Finanzierung des EU-Konjunkturprogramms („Next Generation EU“) erlaubt. Der Rat nimmt den Beschluss nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig an. Vor dem Inkrafttreten, das für Januar 2021 zusammen mit dem neuen mehrjährigen Finanzrahmen vorgesehen ist, muss der Eigenmittelbeschluss von den Parlamenten aller Mitgliedstaaten ratifiziert werden.

\*

*Debatte: Montag, 14. September*

*Abstimmung: Mittwoch, 16. September*

*Pressekonferenz: Mittwoch, 16 September, 14:30, mit den Berichterstatern José Manuel Fernandes (EPP, PT) und Valérie Hayer (RENEW, FR)*

*Verfahren: Konsultationsverfahren*

## **Weitere Informationen**

[Entwurf eines Berichts über das Eigenmittelsystem der Europäischen Union](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(01.09.2020\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen: "Future EU financing and recovery: Parliament's role and next steps" \(auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

# Stärkung des Katastrophenschutzverfahrens der EU nach 2020

## Die Abgeordneten wollen eine Verbesserung des EU-Katastrophenschutzverfahrens fordern, damit die Union besser auf Notsituationen größeren Ausmaßes wie Corona reagieren kann.

Das Katastrophenschutzverfahren der EU hat die Mitgliedsstaaten erfolgreich dabei unterstützt, Leben zu retten, auch während der Coronakrise. Die Pandemie hat jedoch auch gezeigt, dass das derzeitige Krisenmanagement seine Grenzen hat, wenn viele Mitgliedstaaten gleichzeitig von ein und demselben Notfall betroffen sind.

Es wird daher erwartet, dass die Abgeordneten für eine Stärkung der Rolle der EU bei „rescEU“ stimmen werden, um sicherzustellen, dass die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung solcher Notfälle nicht auf eigene Mittel und freiwillige Unterstützung angewiesen sind. In den laufenden Verhandlungen über den EU-Haushalt und den Aufbauplan hat das Parlament die von der Kommission vorgeschlagene deutliche Erhöhung der zugewiesenen Beträge unterstützt.

Nach der Debatte am Montag wird der Vorschlag am Mittwoch zur Abstimmung gestellt.

### Hintergrund

Das 2013 eingerichtete Katastrophenschutzverfahren zielte zunächst darauf ab, die Zusammenarbeit im Hinblick auf die Verbesserung der Vorbeugung, Vorsorge und Reaktion auf Notlagen zu stärken. Wenn das schiere Ausmaß eines Notfalls die Reaktionsfähigkeit eines Landes überfordert, kann dieses über das Verfahren freiwillige Hilfe von anderen Ländern anfordern.

Im Jahr 2019 wurde rescEU geschaffen, um die EU in die Lage zu versetzen, Mitgliedstaaten, die von Katastrophen betroffen sind, direkt zu unterstützen, wenn die nationalen Kapazitäten überfordert sind. So konnten Löschflugzeuge und Hubschrauber die Mitgliedsstaaten bei Rettungsaktionen bei Erdbeben, Wirbelstürmen, Überschwemmungen und Waldbränden unterstützen und bei der Evakuierung von Menschen in der EU helfen. Während der aktuellen Coronakrise konnten 75.000 in verschiedenen Ländern gestrandete EU-Bürger zurückgeholt werden. Medizinische Ausrüstung wie Beatmungsgeräte, persönliche Schutzausrüstung, Therapeutika und Labormaterial wurden durch rescEU bereitgestellt, um die nationalen Gesundheitsdienste während der Pandemie zu unterstützen.

*Debatte: Montag, 14. September*



*Abstimmung: Mittwoch, 16. September*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)*

## **Weitere Informationen**

[Entwurf eines Berichts über ein Katastrophenschutzverfahren der Union](#)

[Berichtersteller Nikos ANDROULAKIS \(S&D, Griechenland\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Geänderter Vorschlag der Europäischen Kommission über ein Katastrophenschutzverfahren der Union \(02.06.2020\)](#)

[Pressemitteilung des EP: "Langfristiger EU-Haushalt: Gipfel-Kompromiss muss verbessert werden" \(23.07.2020\)](#)

# EU-Unterstützung der von der Energiewende am stärksten betroffenen Regionen

## Das Parlament wird seinen Standpunkt für die Verhandlungen mit dem Rat über die Einrichtung eines Fonds für einen gerechten Übergang annehmen.

Zu den Schlüsselthemen des [Berichtsentwurfs](#) gehören die Schaffung eines "Green Rewarding Mechanism", der Vorschlag für einen Kofinanzierungssatz von bis zu 85% der Kosten für förderungswürdige Projekte in der gesamten EU, die Übertragung von Mitteln aus anderen Kohäsionsfonds auf freiwilliger Basis sowie die Erweiterung des Anwendungsbereichs des Fonds.

Um sicherzustellen, dass die Verhandlungen mit dem Rat so bald wie möglich beginnen können, forderte der [Ausschuss für regionale Entwicklung](#), dass sowohl der Berichtsentwurf als auch das Verhandlungsmandat direkt dem Plenum des EP zur Abstimmung vorgelegt werden. Wenn das Parlament als Ganzes den Beschluss eines Ausschusses zur Aufnahme von Verhandlungen ablehnt, kann gemäß [Artikel 71 GO](#) über den Bericht erst in der folgenden Plenarsitzung abgestimmt werden, wodurch sich die Verhandlungen zwischen Parlament, Rat und Kommission verzögern.

### Hintergrund

Am 14. Januar 2020 [veröffentlichte](#) die Kommission einen Legislativvorschlag zum „Fonds für einen gerechten Übergang“ (*Just Transition Fund, JTF*), der den am stärksten betroffenen Regionen helfen soll, die sozioökonomischen Auswirkungen der Ökologisierung der Wirtschaft abzumildern. Es handelt sich dabei um einen ersten Legislativvorschlag, der die im Europäischen Grünen Deal festgelegten Prioritäten umsetzt. Ende Mai 2020 schlug die Kommission in einem [geänderten Vorschlag](#) eine substanzielle Aufstockung der Mittel des Fonds vor.

*Abstimmung: Mittwoch, 16. September (Verkündung des Ergebnisses: 17. September)*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), erste Lesung (Mandat)*

### Weitere Informationen

[Berichtsentwurf](#)

[Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(08.07.2020, auf Englisch\)](#)

[Berichterstatters Manolis KEFALOGIANNIS \(EVP, GR\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundinformationen - Briefing zum „Just Transition Fund“ \(03.07.2020, auf Englisch\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

# Corona: Harmonisierung von Testverfahren und Risikoeinstufung in EU-Ländern

## Die Abgeordneten debattieren mit Rat und Kommission über die mangelnde Koordinierung von Corona-Tests zur Bewertung von Risiken und entsprechenden Folgen für den Schengen-Raum.

Die Abgeordneten werden erwartungsgemäß hervorheben, dass die gegenwärtige Tendenz in vielen Mitgliedsstaaten, andere EU-Länder als rote Zonen einzustufen und Grenzen zu schließen, einem gemeinsamen Vorgehen auf EU-Ebene weichen muss.

Die Abgeordneten könnten auch den Mangel an gemeinsamen Standards für die Zählung von Coronafällen ansprechen und harmonisierte Testverfahren fordern. Die Testfrequenzen in den EU-Mitgliedsstaaten liegen derzeit zwischen 173 und 6.000 per 100.000 Personen pro Woche.

Die Debatte findet am Dienstag von 14.30 bis 15.30 Uhr statt. Eine Resolution steht am Donnerstag zur Abstimmung.

*Aussprache: Dienstag, 15. September*

*Abstimmung: Donnerstag, 17. September*

*Verfahren: Nichtlegislative Entschließung.*

### Weitere Informationen

[Pressemitteilung zur Debatte im Ausschuss \(02.09.2020, auf Englisch\)](#)

[ECDC: "COVID-19 situation update for the EU/EEA and the UK" \(auf Englisch\)](#)

[Website des Parlaments zur Coronakrise](#)

[Plattform „Reopen Europe“ mit aktuellen Reiseinformationen für alle Mitgliedsstaaten](#)

[Coronavirus: Kommission legt Vorschlag zur Verbesserung der Klarheit und Vorhersehbarkeit von Maßnahmen zur Beschränkung der Freizügigkeit in der EU vor \(4.09.2020\)](#)

[Schengen-Grenzkontrollen: Freizügigkeit rasch wiederherstellen \(19.06.2020\)](#)

[COVID-19: EU-Kommission präsentiert koordinierte Maßnahmen für die Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus \(13.03.2020\)](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende im Zusammenhang mit dem Coronavirus](#)

# Aufbauplan für stark getroffenen europäischen Kultursektor

## Abstimmung über eine Entschließung zur Forderung einer EU-Unterstützung für den Wiederaufbau des europäischen Kultursektors, der von der Coronakrise stark getroffen wurde.

In dem Resolutionsentwurf, zum Abschluss der [Debatte vom 10. Juli](#), warnen die Abgeordneten davor, dass im Gesamt-Aufbauplan der EU kein Betrag vorgesehen ist, der direkt der europäischen Kultur- und Kreativwirtschaft zugutekommt, und dass die im langfristigen EU-Haushalt für das Programm „Kreatives Europa 2021-2027“ vorgesehenen Gelder zu niedrig sind.

### Hintergrund

Flexiblere Regeln für staatliche Beihilfen, die als Teil der Investitionsinitiative zur Bewältigung der Coronavirus-Krise verabschiedet wurden, sowie der Corona-Aufbauplan, haben den Mitgliedsstaaten mehr Möglichkeiten gegeben, ihre Kulturunternehmen und Kulturschaffenden zu unterstützen. Es wurden jedoch keine gezielten EU-Mittel für diesen Sektor vorgesehen.

In den jüngsten langfristigen Haushaltsvorschlägen des Rates wurden die Beträge für „Kreatives Europa“ auf 1,64 Milliarden Euro gekürzt, was das Europäische Parlament bedauert, das einen Finanzrahmen von 2,8 Milliarden Euro gefordert hat.

*Debatte: 10. Juli 2020*

*Abstimmung: Dienstag, 15. September*

*Verfahren: Nichtlegislative Entschließung*

### Weitere Informationen

[Entwurf einer Resolution über die kulturelle Wiederbelebung Europas \(bald verfügbar\)](#)

[Plenardebatte zur Erholung der Kultur in Europa](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Pressemitteilung: „Langfristiger EU-Haushalt - Abgeordnete kritisieren Kürzungen bei Kultur und Bildung“ \(22.06.2020, auf Englisch\)](#)

[EP-Forschung: EU-Unterstützung für Künstler und den Kultur- und Kreativsektor während der Coronavirus-Krise](#)

[Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

# Pkw-Emissionen sollen EU-Grenzwerte unter realen Fahrbedingungen einhalten

**Um sicherzustellen, dass Pkw ab September 2022 die EU-Grenzwerte für NOx-Emissionen unter realen Fahrbedingungen einhalten, wird das Parlament über überarbeitete Prüfvorschriften abstimmen.**

Die Kommission hat vorgeschlagen, für Fahrzeuge, die unter realen Fahrbedingungen getestet werden, wieder gesetzliche Ausnahmeregelungen für Stickoxid-Emissionen (NOx) von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) einzuführen, um dem Urteil des EU-Gerichtshofs vom 13. Dezember 2018 nachzukommen.

Zuvor wurden Daten über Pkw-Emissionen wie NOx durch Labortests gewonnen. Allerdings sind die Emissionen dieser Fahrzeuge unter realen Fahrbedingungen in der Regel deutlich höher.

Das Parlament will die NOx-Emissionen erheblich reduzieren, um die durch Luftverschmutzung verursachten schwerwiegenden Probleme anzugehen. Die Abgeordneten werden daher voraussichtlich fordern, dass die vorgeschlagenen Ausnahmen schrittweise reduziert werden und bis zum 30. September 2022 nicht mehr gelten sollen. Danach sollen nur noch die Rohdaten aus unter realen Fahrbedingungen durchgeführten Tests verwendet werden, um die Einhaltung der EU-Emissionsgrenzwerte festzustellen.

## Hintergrund

Laut dem [Luftqualitätsbericht 2019 der Europäischen Umweltagentur](#) führte die Luftverschmutzung im Jahr 2016 zu mehr als einer halben Million vorzeitiger Todesfälle und ist die Umweltursache Nummer eins für vorzeitige Todesfälle in der EU. Da Personenkraftwagen 40% der gesamten NOx-Emissionen in der EU verursachen, sind sie eine bedeutende Quelle der Luftverschmutzung, insbesondere in städtischen Gebieten.

Emissionsmessungen im Automobilsektor waren Gegenstand eines EP-Untersuchungsausschusses (EMIS), der 2016 nach dem „Diesel-Skandal“ eingesetzt wurde. Die wichtigsten Empfehlungen des Ausschusses können Sie [hier](#) nachlesen.

*Abstimmung: Mittwoch, 16. September*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren)*

## Weitere Informationen

Entwurf eines Berichts über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und über den Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen für Fahrzeuge

Merkblatt zu den Verfahrensschritten

Berichterstatlerin Esther de Lange (EVP, NL)

Abschlussbericht des EP-Untersuchungsausschusses über die Untersuchung der Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (02.03.2017)

Europäische Kommission: Informationen über Emissionen im Automobilsektor

Audiovisuelles Material für Medienschaffende

## Weitere Tagesordnungspunkte

### Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Engpässe bei Arzneimitteln und den Umgang mit einem sich abzeichnenden Problem, *Bericht Colin-Oesterlé, Abstimmung Donnerstag*
- Globales Datenerhebungssystem für den Kraftstoffverbrauch von Schiffen - *Bericht: Jutta Paulus, Abstimmung Mittwoch*
- Die Rolle der EU beim Schutz und der Wiederherstellung der Wälder in der Welt - *Bericht: Stanislav Polčák, Abstimmung Dienstag*
- Strategischer Ansatz für Arzneimittel in der Umwelt - *Entschließung, Abstimmung Donnerstag*
- Brand im Flüchtlingslager Moria, *Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte, Debatte Donnerstag*
- Rechtsstaatlichkeit in Polen, *Entschließung, Abstimmung Donnerstag*
- Lage im östlichen Mittelmeer, *Erklärung des EU-Außenbeauftragten, Abstimmung Donnerstag*
- Lage in Russland, Belarus, Libanon - *Erklärungen des EU-Außenbeauftragten, Abstimmung Donnerstag*
- Waffenexporte: Umsetzung des gemeinsamen Standpunkts 2008/944/GASP - *Bericht: Hannah Neumann, Abstimmung Mittwoch*
- Bericht über die Umsetzung des Assoziierungsabkommens der EU mit Georgien - *Bericht: Sven Mikser, Abstimmung Mittwoch*
- Bekämpfung von sexuellem Missbrauch und sexueller Ausbeutung von Kindern - *Erklärungen des Rates und der Kommission*
- Verordnung zur Festlegung von Maßnahmen für einen nachhaltigen Eisenbahnmarkt in Anbetracht der COVID-19-Pandemie, *Abstimmung im Dringlichkeitsverfahren (Artikel 163), Abstimmung Montag, und über die Verordnung am Donnerstag*
- Maximierung des Energieeffizienzpotenzials des Gebäudebestands der EU - *Bericht: Ciarán Cuffe*